

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No 25.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinsertate pro Spalte: Zeile oder deren Raum 25, f. Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,  
Sonnabend, 9. Dezember 1905.

Verlag:  
H. Rohrbach, Hannover, Burgstraße 2.  
Verantwortlicher Redakteur:  
August Brag, Hannover, Burgstraße 9, I.  
Druck von Dörnte & Böber, Hannover.

14. Jahrg.

## Erst kommt der Geldsack und dann die ehrliche Arbeit!

Von Brutus.

Es ist eine bekannte Erscheinung, daß im heutigen wirtschaftlichen Leben die Interessen der eigentlich wertvollen Bevölkerung immer erst an letzter Stelle kommen und daß das Wohl der Arbeiterklasse gegenüber dem privaten Vorteil der anderen Klassen resp. Stände zurücktreten muß. Nehmen wir z. B. die Agrarier an, die sich als die „Notleidenden“ aufspielen und zur Hebung ihrer „gedrückten“ Lebenslage nach der Hilfe des Staates schreien; ihnen bringen die Behörden ein warmes Herz entgegen und die ganze Gesetzgebungsmaschinerie wird in Bewegung gesetzt, um den „armen“ Junkern und Bauern durch hohe Zölle Millionen und abermals Millionen in die Tasche zu schieben; die große Masse des Volkes leidet unter der erdrückenden Last, aber sie muß Opfer bringen, damit die „notleidende“ Landwirtschaft wieder aufleben kann. Man denke auch an die skandalöse Schweinepolitik, die augenblicklich zugunsten der Viehzüchter getrieben wird: die Grenzen werden geschlossen und die Fleischpreise erreichen eine fast unerschwingliche Höhe; die Arbeiter ziehen sich den Hungerriemen fester und leiden Not, aber die Herren Großgrundbesitzer lachen sich ins Häufchen. Und wenn die ganze Welt dagegen protestiert, die Regierung bleibt kalt wie eine Hundeschwanz; mag auch das Allgemeinwohl schweren Schaden leiden, das rührt die Regierung nicht, denn das Allgemeinwohl muß hinter dem Wohlergehen der Viehzüchter und Mistjunker zurückstehen.

Ganz genau so liegt es auch mit den anderen Ständen des Volkes. Wenn die Mittelstandsklasse nach der Staatshilfe winkeln und ihre Existenznotwendigkeit damit begründen, daß sie sich die staatsbehaltenden Elemente nennen, so finden sie bei der Regierung ein warmes Herz und das Versprechen einer tatkräftigen Unterstützung; um diesen rückständigen Elementen, deren wirtschaftliches Dasein längst keine Berechtigung mehr hat, Hilfe angeheihen zu lassen, werden den Arbeitergenossenschaften Schwierigkeiten gemacht und der Sozialreform wird Halt geboten, um den Mittelstand zu entlasten. Und wenn die Großindustriellen Maßregeln treffen, um sich eine Monopolstellung im wirtschaftlichen Leben zu schaffen und dadurch die große Masse des Volkes auszuraubern — wie es bei den Unternehmerkartellen der Fall ist — so hält die Regierung die segnende Hand darüber und sucht die Gegenströmungen seitens der organisierten Arbeiter zu unterdrücken. Überall sehen wir also, daß das Interesse der bestehenden Stände dem Allgemeininteresse vorgeht und daß es geschützt wird auf Kosten des Volkswohls.

Wenn aber die Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung und zur Wahrung ihrer Interessen Forderungen stellen, so tritt mit einem Male das Allgemeinwohl in den Vordergrund, und überall ertönt der Ruf: Das Privatinteresse der Arbeiter muß hinter dem allgemeinen Interesse zurückstehen!

Die Tatsache, daß alle anderen Stände in ihrem Existenzkampfe die Hilfe des Staates in Anspruch nehmen und von der Allgemeinheit Opfer fordern, während der Arbeiterklasse dieses Recht bestritten wird, ist auch in der letzten großen Ausperrung in der Berliner Elektro-Industrie wieder deutlich zutage getreten. Die Behörden haben sich wie auf Kommando in den Streik gemischt und natürlich die Partei des Geldsacks ergriffen. Die Polizeibehörde hat nicht nur das Aufstellen von Streikposten gehindert und den Arbeitern in jeder Hinsicht Schwierigkeiten gemacht, sondern sie hat sich sogar nicht gescheut, zur Unterstützung der Kapitalprogen Feuerwehrlente, also beamtete Personen, zu Streikarbeiten anzuhalten. Unter Mißbrauch ihrer Macht und ihrer Autorität hat die Behörde Staatsbeamte zu Streikbrechern degradiert.

Um gegen diese skandalösen Vorkommnisse Stellung zu nehmen und der Erbitterung der Arbeiter über diese Unterstützung des Geldsacks Ausdruck zu geben, brachte die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordneten-Versammlung vor kurzem den Antrag ein, der Magistrat solle Schritte tun, um die Beschäftigung von Feuerwehrlenten in der Privatindustrie aus Anlaß von Streiks und Ausperrungen zu ver-

hindern. In der Begründung dieses Antrags machte der Genosse Paul Singer folgende bemerkenswerte Ausführungen:

„Die Tatsache, daß die Unternehmer aus Anlaß einer Differenz einer kleinen Zahl von Arbeitern in einem bestimmten Arbeitszweige zu dem Entschluß kamen, ihre ganze Arbeiterschaft auszusperrn, diese Handlungsweise, die jetzt System zu werden scheint, ist eine solche Brutalität, daß der energischste Widerspruch dagegen erhoben werden muß. Das ist notwendig auszusprechen, namentlich gegenüber den Bestrebungen, welche weit über die Arbeitgeberkreise hinaus in der bürgerlichen Presse sich breit gemacht haben. Man hat von Anfang an die Ursachen dieses Kampfes verdreht; man hat als einen Streik dargestellt, was eine Ausperrung war, die die Unternehmer vornahmen, um vermöge ihrer materiellen Uebermacht auf die Gesamtheit der Arbeiter zu drücken und so die Forderungen eines kleinen Teiles unmöglich zu machen. Die Erlasse der Unternehmer an die Öffentlichkeit haben ja klipp und klar zugegeben, daß die Lohnfrage nur von untergeordnetem Interesse war, daß die Sache für sie zu einer Machtfrage geworden sei. Wir haben alle Veranlassung, Schritte zu tun, daß die Staatsbehörden sich in wirtschaftliche Kämpfe nicht einmischen. Das ist nicht die Aufgabe des Staates und nicht die der Polizei.“

Personen und Einrichtung, die aus Mitteln erhalten werden, die die Gesamtheit bezahlt, dürfen nicht dazu gemißbraucht werden, einseitig einen Teil der Streitenden zu unterstützen und ihm zu helfen, die Schwierigkeiten zu überwinden. Das aber ist geschehen oder doch geduldet worden seitens des Polizeipräsidiums, indem Feuerwehrlente in die Betriebe kommandiert wurden, um die ausgesperrten Arbeiter zu erfassen. Der Mißbrauch der Amtsgewalt, der darin liegt, solche Befehle zu erteilen, den Leuten solche Dienste zuzubilligen, die mit ihrem Beruf gar nichts zu tun haben, muß aufs schärfste verurteilt werden. Die Frage ist so zu stellen: ist es recht und zulässig, daß von der Stadt bezahlte Institutionen in dieser Art verwendet werden? Diese Frage muß entschieden verneint werden, denn die gesamte Bürgerschaft wird durch diesen Mißbrauch der Staatsgewalt geschädigt. Nicht nur die Zehntausende von Arbeitern und die Hunderttausende ihrer Familienmitglieder werden dadurch geschädigt, sondern in letzter Linie auch die Bürgerschaft selbst, denn durch diese Drohkosmache von Arbeitern leidet schließlich der Mittelstand und die Geschäftswelt gerade so, wie der Arbeiter selbst.“

Der Redner hatte mit seinen Worten in ein Wespenneß gegriffen, weshalb die Trabanten des Geldsacks Zeter und Mordio schrien. Das nimmt uns kein Wunder, wohl aber darf man sich darüber wundern, daß der Oberbürgermeister Kirschner, der die Interessen der gesamten Bevölkerung vertreten soll, sich ohne Scheu auf den Standpunkt der Kapitalprogen stellte, indem er sich folgendermaßen äußerte: „Was die Berechtigung des Polizeipräsidiums und die Zweckmäßigkeit seiner Maßregel betrifft, so tut man ja bei derartigen wirtschaftlichen Kämpfen auch meiner Meinung nach am besten, die Parteien sich selbst zu überlassen, auch von staatlicher Seite. Das ist auch im vorliegenden Falle, abgesehen von den Berliner Elektrizitätswerken, geschehen. (Rufe: Streikposten!) Bei diesen hat der Polizeipräsident sich für verpflichtet gehalten, Fürsorge zu treffen, daß der Betrieb fortgeführt werden konnte. Er hat damit nur seine Pflicht erfüllt. Der Streik dort betraf nicht bloß die beiden streitenden Parteien, sondern in weit größerem Umfange die Gesamtheit der Bürgerschaft. Die Behörde, welche für die öffentliche Sicherheit zu sorgen hat, ist in solchen Fällen zu solchen Maßnahmen verpflichtet; die Dritten, die verletzt werden können, müssen zu ihrer eigenen Sicherheit solche Mittel ergreifen können. Es wird vielleicht Aufgabe der Gesetzgebung sein, Mittel zu ergreifen, daß derartige Streitigkeiten nicht in einer die Allgemeinheit gefährdenden Weise ausgefochten werden, aber so lange wir diese nicht haben, kann man denen, welche für die Sicherheit verantwortlich sind, nicht verargen, daß solche Maßnahmen getroffen werden. Die Bürgerschaft hat alle Veranlassung, dem Polizeipräsidenten für sein Eingreifen dankbar zu sein.“

Das Berliner Stadtoberhaupt stellt hier also den Grundsatz auf, daß die Behörden zum Eingreifen ver-

pflichtet seien, wenn die allgemeinen Interessen in Gefahr geraten, durch die Forderungen der Arbeiter geschädigt zu werden. Bemerkenswerter Weise hat auch der Berliner Gewerbegerichtsvorsitzende von Schulz, dessen sozialpolitische Einsicht manchmal hervorgetreten ist, die Tätigkeit der Behörde gebilligt und in dürren Worten gesagt: „Die von den Arbeitern bemängelte Befugnis der Regierung, den Firmen für die Kraftstationen Ausperrungen durch Feuerwehrlente zu stellen, kann nicht bestritten werden, wenn das öffentliche Interesse hier in Frage kam. Dem öffentlichen Interesse haben die Privatinteressen der Arbeiter nachzugeben. Unleugbar war aber der Staat dabei interessiert, daß die Kraftanlagen im Betriebe blieben. Er durfte nicht ruhig mit zusehen, wenn in den Straßen Berlins das Licht ausging und der Verkehr stockte. Die von den Unternehmern vorgenommenen Ausperrungen waren ein erlaubtes Kampfmittel und bestimmt zur Abwehr der Streiks, dieser Wehrmittel der Arbeiter. Die Arbeiter brauchen bei ihren Streiks nicht darauf Rücksicht zu nehmen, daß dadurch etwa so und so viele Existenzen ruiniert wurden. Das gleiche Recht durfte aber den Arbeitgebern nicht versagt werden, wenn sie Ausperrungen für richtig hielten, durch welche allerdings Tausende am Streik unbeteiligte Arbeiter brotlos wurden.“

Wir können dieser Auffassung der Sachlage in keiner Weise beistimmen. Wir bestreiten den Unternehmern keineswegs das Recht, Ausperrungen vorzunehmen und durch ihr brutales Vorgehen das Allgemeinwohl empfindlich zu schädigen. Das ist eben Kriegsrecht und Kriegsbrauch. Wohl aber bestreiten wir den Behörden das Recht, die Kapitalisten in ihrem Größenwahne zu bestärken, anstatt ihnen den Größmächtskittel auszutreiben. Als die Berliner Industriellen „das erlaubte Kampfmittel“ der Ausperrung benutzten und Zehntausende von Arbeitern auf die Straße warfen, haben sie ohne jede Frage das Allgemeinwohl aufs schwerste geschädigt. Da wäre es Pflicht der Behörden gewesen, die öffentlichen Interessen zu schützen und die Kapitalprogen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen anzuhalten. Statt dessen leistete man ihnen Beistand und warf den kämpfenden Arbeitern Knüttel zwischen die Beine. Warum verkündeten damals die Behörden nicht den Grundsatz, daß alle privaten Interessen, also auch die der Unternehmer, dem öffentlichen Interesse nachstehen müßten? Warum hielt man nicht wenigstens den Schein der Unparteilichkeit aufrecht, sondern stellte sich mit Nachdruck auf die Seite des Kapitals? Weil man eben der Meinung huldigte, daß die Interessen der Besitzenden, der heilige Profit geschützt werden müßte auf Kosten der Arbeiter und auf Kosten des Allgemeinwohls. Trotz der vielgerühmten Sozialreform befolgen die Behörden fast ausnahmslos den Grundsatz: Erst kommt das Interesse des Geldsacks, dann kommt das Allgemeinwohl und an allerletzter Stelle erst kommt das Interesse der ehrlichen Arbeit.

## Die Streiks im Jahre 1904.

III.

### Die Ausperrungen.

Bis zum Jahre 1900 wurden die Ausperrungen in der Statistik der Generalkommission unter den Abwechslungen geführt. Da die Erhebungen bezüglich der Streiks sich bis zum genannten Jahre auf wenige der wichtigeren Daten beschränkten, so lassen sich auch aus dem vorliegenden Material nicht die Einzelheiten feststellen, die erforderlich wären, um zu zeigen, wie das Unternehmertum seit je entschlossen war, jeden Versuch der freien Regierung der Arbeiterschaft mit allen zu Gebote stehenden Mitteln niederzudrücken. Zu diesen, verhältnismäßig wirksamen Mitteln gehört die Ausperrung großer Arbeitermassen, sobald eine Kategorie der Arbeiterschaft eines Gewerbes oder eines Betriebes Forderungen zu stellen mag. Der Arbeiterschaft werden durch dieses Vorgehen der Unternehmer bedeutende Opfer auferlegt; doch täuschte sich das Unternehmertum, wenn es glaubte, durch diese Taktik die Arbeiterorganisationen niederhalten zu können. Solche Angriffe des Unternehmertums enden nur Scheinbar mit einem Siege für das Unternehmertum. Von einem dauernden Erfolge gegenüber den Arbeitern kann gar keine Rede sein. Die Ausperrungstatistik führt nur dazu, daß die Kämpfe mit größerer Erbitterung geführt werden. Die Niederlage in einem solchen, von den Unternehmern zur Machtprobe gestalteten Kampfe veranlaßt die Arbeiter, mit größerer Erbitterung und größerer Opferfreudigkeit sich für den neuen Kampf zu rüsten. Der Nachteil, den die Kapitalisten aus diesen Siegen haben, ist viel tiefer wirkend als der, welchen die Arbeiter davongetragen. Die der Arbeiterschaft geschlagenen Verbände sind bald vernarrt, und nicht Mutlosigkeit, sondern gesteigerte Kampfeslust ist der Erfolg eines, wenn auch an-

Während wirksamem Schlags, den die Unternehmer den Arbeitern mit einer Ausperrung versehen. War der äußere Erfolg auch bei den meisten Ausperrungen auf Seiten der Unternehmer, so hat, wie die Erfahrung lehrt, diese Tatsache auch nicht im geringsten dazu geführt, die Arbeiter von weiteren Kämpfen um Verbesserung ihrer Lebenslage abzuhalten. Es wird aber von besonderem Werte für die Arbeiter sein, zahlenmäßig festzustellen, in welchem Umfange die Unternehmer von dem Wuchsmittel der Ausperrung Gebrauch machen. Die folgende Tabelle enthält die näheren Ausweise über die Ausperrungen der Jahre 1900-1904.

Jahr	Anzahl	Zahl der beteiligten Personen	Verlust an Arbeitszeit		Gesamt-Ausgabe M.	Ergebnis in Prozenten		
			Tage	Wochen		Erfolgreich	Teilweise erfolgreich	Erfollos
1900	46	14 630	182 866	8 927	600 493	34,8	24,0	37,1
1901	35	8 460	124 275	6 088	283 576	26,0	26,0	26,0
1902	56	6 791	117 196	4 910	308 023	14,3	14,3	44,4
1903	82	45 763	1 512 771	32 036	1 798 801	39,0	15,8	29,3
1904	112	31 402	607 286	35 579	1 870 647	37,2	25,5	37,2
331		107 046	2 544 394	87 540	4 861 540	36,5	23,7	39,8

Die Zahl der Ausperrungen hat sich im Jahre 1904 gegenüber 1902 verdoppelt und gegenüber 1901 vervierfacht, und in annähernd gleichem Maße ist die Zahl der Ausgesperrten angewachsen. Von den 107 046 in den fünf Jahren Ausgesperrten konnte nur für 87 540 der Verlust an Arbeitszeit festgestellt werden. Diese wurden an 2 544 394 Tagen an freiwilliger Ausübung der Arbeit verhindert. Die Gewerkschaften waren genötigt, in den fünf Jahren 4 861 540 M. für die Ausgesperrten zu verausgaben.

Wie schon bemerkt, ist bisher nur ein geringer Teil der Ausperrungen, etwa ein Drittel, zugunsten der Arbeiter ausgefallen. Das gibt uns aber keineswegs Veranlassung, besorgt der weiteren Entwicklung der Dinge entgegenzusehen. Im Gegenteil, wir betrachten dieses Vorgehen der Unternehmer als in der Natur der Sache liegend. Und da wir besonderen Wert darauf legen, daß die Arbeiter deutlich die Unnatur unserer gegenwärtigen Gesellschaftsordnung erkennen, so vermögen wir den Unternehmern wegen ihres rücksichtslosen Vorgehens nicht einmal gram zu sein. Wirkungsvoller, als durch einen Streik, wird die Aufklärung der Arbeiter durch eine Ausperrung herbeigeführt. Ausweichen können und wollen wir diese Kämpfe nicht, und deshalb ist es dann am besten, daß diese Kämpfe sich in der Form abspielen, die am geeignetsten ist, die Arbeiterschaft ins Aufzurufen und sie zur Erkenntnis der Wichtigkeit zu bringen, die ihr die heutige Gesellschaft und ihre Repräsentanten, die Kapitalisten, bezugen.

In den letzten fünfzehn Jahren, von 1890 bis 1904, sind insgesamt 4494 Abwehrstreiks und Ausperrungen mit 293 255 Beteiligten zu verzeichnen gewesen. Erfolgreich endeten davon für die Arbeiter 1954 = 47,4 Prozent, teilweise erfolgreich 679 = 16,5 Prozent und erfolglos 1487 = 36,1 Prozent. Verursacht wurden für die Abwehrstreiks 11 390 128 Mark gegen 17 061 409 M., die für die Angriffstreiks aufgewandt wurden. Im Verhältnis zur Zahl der Beteiligten sind die Aufwendungen für die Abwehrstreiks höher, als für die Angriffstreiks, denn an den ersteren waren 293 255 und an den letzteren 589 274 Personen beteiligt.

Der Erfolg der Streiks ist in den letzten Jahren sowohl beim Angriff als auch in der Abwehr ein für die Arbeiter größer geworden. Die Ursache wird zum Teil in der anhaltend günstigen Konjunktur liegen, zum anderen Teil aber auch in der inerten Festhaltung und besonders in der finanziellen Kräftigung der Gewerkschaften. Für die letztere spricht der Umstand, daß ein immer größerer Anteil der Streiklosten aus den Kassen der Verbände, also aus festen oder aus Extrabeiträgen der Mitglieder der kämpfenden Organisationen kommt. Die folgende Tabelle veranschaulicht dies deutlich.

Jahr	Gesamtkosten der Streiks M.	Von der Kasse der im Streik befindlichen Organisationen M.		Prozent der Gesamtausgabe
		M.	M.	
1890-91	2 094 922	1 215 025		58,0
1892	84 638	29 271		34,0
1893	172 001	64 123		37,0
1894	354 297	85 341		24,0
1895	423 231	204 970		48,0
1896	3 042 350	724 603		24,0
1897	1 257 298	775 361		62,0
1898	1 345 302	1 051 074		78,0
1899	2 627 119	2 016 157		77,0
1900	2 996 030	2 487 553		84,0
1901	2 515 888	1 734 491		68,0
1902	2 237 504	2 041 181		91,2
1903	5 080 364	4 511 621		88,8
1904	5 551 314	5 290 652		95,3
29 724 743		22 231 723		74,7

Während in den neunziger Jahren der größte Teil der Streiklosten durch die durch Sammlungen aufgebracht wurde, spielen heute die Sammelgelder bei der Streiklostenzahlung nur in Ausnahmefällen, wie bei der Ausperrung der Farbwerke in Gumbach oder dem Streik der Bergarbeiter im Anfang dieses Jahres eine Rolle. In der Hauptsache decken die Organisationen die Ausgaben für die Kämpfe aus eigenen Mitteln, und das kann man als einen erfreulichen Fortschritt bezeichnen.

Aus den statistischen Aufzeichnungen über die Streiks dürfen die folgenden Dinge noch von allgemeinem Interesse sein. Von den 130 909 männlichen Streikenden und Ausgesperrten waren 55 102 und von den 5048 weiblichen 1170 verheiratet. Die Verheirateten hatten insgesamt 103 563 Kinder unter 14 Jahren zu erziehen. Diese Zahlen sind nicht ganz vollständig, weil nicht für alle an den Kämpfen Beteiligten Angaben über die Familienverhältnisse gemacht werden konnten. Der vorliegende Ziffern aber sind ausreichend, um folgende Schlüsse zu ziehen: Die Bewegung der Arbeiterbewegung zu unterstützen, es handelt sich bei den Streiks meist um das Wohl der jugendlichen unbefähigten Elemente.

Besondere Organisationsarbeit für die Gewerkschaften noch zu verrichten ist, ergibt sich daraus, daß von 135 957 Streikenden nur 61 286 männliche und 1195 weibliche 6 Monate vor Beginn des Streiks organisiert waren. Angesichts der gewaltigen Kämpfe, welche die Gewerkschaften in den letzten Jahren zu führen hatten, müßten doch die nichtorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen erkennen, daß sie den Gewerkschaften nicht erst dann beizutreten haben, wenn sie deren Hilfe im Kampfe brauchen. Es wird der Ausgang aller Streiks und Ausperrungen weit günstiger sein, wenn nicht ständig die Aktionskraft der Gewerkschaften durch die Nichtorganisierten gehemmt würde. Das Wort nicht zu lassen vermögen,

das sollten die Taten des Unternehmertums den Arbeitern machen.

Von den 1625 Streiks und Ausperrungen wurden 1118 durch einen Vergleich beigelegt. Es wurde verhandelt: Zwischen den einzelnen Unternehmern und den Arbeitern in 290 Fällen, zwischen Vertretern der Unternehmer und Vertretern der örtlichen Organisation der Arbeiter in 490 Fällen, zwischen den Vorständen unter Anteilnahme von Vertretern des Zentralvorstandes in 112 Fällen, zwischen Vertretern der Unternehmer und Vertretern des Zentralvorstandes in 142 Fällen, vor dem Gewerbegericht in 53 Fällen und vor dritten Personen oder Körperlichkeiten in 31 Fällen. Diese Zahlen weisen aus, daß es den Unternehmern heute nicht mehr möglich ist, die Organisation der Arbeiter umgehen zu können, so sehr auch die Arbeitgeber-Verbände den Grundlag predigen mögen, mit Arbeiterorganisationen nicht zu verhandeln. Schließlich werden auch diese Verbände sich mit der Tatsache abfinden müssen, daß die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterschaft ein Faktor geworden ist, der bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mehr ausgeschaltet werden kann.

Noch mangelt es an dieser Erkenntnis und es werden noch schwere Kämpfe zu führen sein, ehe auch die Verbindungen der hartgesottenen Unternehmer sich ihr nicht mehr verschließen können. Daß die organisierte Arbeiterschaft bei diesem Erziehungswerk tätigen Anteil nimmt, lehrt die Streikstatistik der Gewerkschaften. Sie lehrt uns aber auch, daß es gilt, zu rüsten und die Organisationen auszubauen. Denn was wird in der Periode niedergehender Konjunktur eintreten, wenn schon während der günstigen Geschäftsperiode die Unternehmer Unmuths herbeiführen und zu Ausperrungen greifen. — Es gilt aber auch, den Ausgleich herbeizuführen zwischen dem Arbeitslohn und den durch den Postarat gesteigerten Preisen der Nahrungsmittel. Schwere wirtschaftliche Kämpfe stehen der Arbeiterschaft Deutschlands bevor. Wägen die indifferenten Arbeiterschichten nicht ungehörig die Mahnung verhallen lassen, daß auch sie teilzunehmen müssen an der Rüstung für diese Kämpfe, auf daß sie mit Sicherheit zum Siege der Arbeiterschaft führen.

G. Begien.

## Aus der chemischen Industrie.

Der große Streik, der im verflossenen Jahre von Friedrich Bayer u. Komp. beschäftigten Kollegen geführt wurde, hat indirekt bewirkt, daß eine Anzahl Verbesserungen erreicht worden sind, die, wenn auch unzulänglich und ungenügend, immerhin eine Milderung der vor dem Streik bestehenden Zustände bedeuten. Während und nach dem Streik inszenierte die Fabrikleitung eine planmäßige Ausperrung organisierter Kollegen. Sie glaubte, die Organisation von ihren Betrieben vollständig verbannen zu können. Das ist ihr nicht gelungen, wird ihr nicht gelingen! Sie kann nicht hindern, daß der Geist der Organisation auch in ihre Giftbuden einzieht und sich ausbreitet. Ihre auf den Ausschluß der Organisation gerichtete Tätigkeit kann man mit den Worten des Dichters kennzeichnen:

Es ist ein eitel und vergeblich Wagen,  
Zu fallen ins bewegte Rad der Zeit.

Aber auch den Forderungen der Organisationen konnte die Firma sich auf die Dauer nicht verschließen. Allerdings, sie wird nicht einräumen, daß die Beseitigung der schlimmsten Uebelstände von ihr aus Rücksicht auf die Organisationen vorgenommen worden sind. Und doch ist es so und nicht anders! Der Hefenbetrieb stand während des Streiks am Pfahl der öffentlichen Anklage. In den Versammlungen der Streikenden, in der Arbeiterpresse wurden die Zustände der Millionen-Profit-Quetsche einer scharf beleuchtenden Kritik unterzogen. Der öffentlichen Meinung wurde gezeigt, wie es in sanitärer, wirtschaftlicher Beziehung auf einem Betriebe ausseh, der seinen Besitzern den Gewinn und Reichtum millionenfach in den Schoß wirft. Das konnte nicht unwirksam bleiben. Der Not, eine solche öffentliche Kritik nicht noch einmal erleben zu müssen, nicht dem eigenen Triebe gehorchend, ging man an eine oberflächliche Besserung der Zustände in „Jammerkufen“, wie Beverkufen in Arbeiterkreisen genannt wird, heran.

Und wenn die Herren Arbeitswilligen und die nach dem Streik dort in Arbeit eingetretenen Kollegen heute in dem Betriebe etwas geordneteres Verhältnisse finden, dann verdanken sie das wesentlich der Organisation.

Vor kurzer Zeit haben nun die Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer u. Ko. durch Anschlag in ihren Fabriken in Elberfeld, Leverkusen und Barmen-Nützerhausen bekannt gemacht, daß die regelmäßige tägliche Arbeitszeit ihrer Arbeiter von zehn auf neun Stunden herabgesetzt werden soll. Statt um 6 Uhr morgens wird die Arbeit erst um 7/8 Uhr beginnen und mit einer Mittagspause von 12-1/2 Uhr bis abends 6 Uhr dauern. Aus dem Anschläge geht hervor, daß Lohnreduktionen nicht eintreten sollen; alle Arbeiter sollen einen 30prozentigen Zuschlag für Sonn- und Feiertagsarbeit und die Schichtenarbeiter, die in geringer Zahl (von den 5200 Arbeitern ungefähr 500) zur Bedienung bestimmter Oefen, der Dampfkessel und der Maschinen länger in der Fabrik anwesend sein müssen, eine entsprechende Lohnhöhung erhalten. Die Fabrikleitung hofft durch den Fortfall der Pausen ein gleichmäßigeres und geregelteres Arbeiten zu erzielen, da die chemischen Prozesse nicht ohne Störung unterbrochen werden können und im Gegensatz zu den mechanischen nicht an die Tätigkeit von Menschen oder an Maschinenkraft gebunden sind.

Diese Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden erscheint vollkommen ungenügend, wenn man sich vor Augen hält, welche Arbeiten in der Zeit zu verrichten sind. Professor Levin sagt in einem Artikel „Die Kasse für Giftarbeiter“, den er in der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“ veröffentlichte, das Folgende: „Unter den vielen gefährlichen Betrieben, die den Arbeiter in seiner Gesundheit schädigen können, sind diejenigen, die man als Giftbetriebe bezeichnen kann, die schlimmsten.“ — Man wird nun den Werken

der Firma Friedr. Bayer nicht zu nahe treten, wenn man sie als Giftbetriebe anspricht.

Die Gefährlichkeit solcher Betriebe liegt in dem Arbeiten in giftgeschwängerten Räumen und in der mangelhaften Aufklärung der Arbeiter über die Gefahr, welche sie umgibt. Betriebe dieser Art sind Laubenschläge. Es herrscht fortwährend Un- und Zugang. Würde man die Neuhingekommenen über das Maß der Gesundheitschädlichkeit, welche sie umgibt, von vornherein aufklären, sie kämen gar nicht zur Arbeit oder sie liefen, wenn sie angenommen, wieder in hellen Scharen davon. Daher kommt es, daß vielfach die Kollegen in chemischen Fabriken mit giftigen Stoffen und bei deren Gewinnung arbeiten müssen, deren Schädlichkeit sie gar nicht kennen. Es mangelt während der Arbeit sowohl an genügender Aufklärung über die umgebende Gefahr, als auch an genügendem Schutz vor derselben. Daher verlangt Prof. Levin mit Recht, daß für jeden Giftbetrieb den darin beschäftigten Arbeitern eine gemeinverständliche Abhandlung über die spezielle gesundheitschädliche Gefahr der von ihnen zu verrichtenden Arbeit gegeben wird. Je klarer man sich über die Gefahren ist, die einem umgeben, um so mehr kann man sich auch durch Einrichtung der Lebensart, z. B. Enthaltung vom Genuß alkoholhaltiger Getränke, dagegen schützen.

Daß es heute an persönlichem Vertrauensfein der Arbeiter mit diesen Befehlen mangelt, wer wollte das bezweifeln. Das Arbeiterelement auf den chemischen Fabriken ist einem starken Wechsel unterworfen. Nur ein an Zahl kleiner Stamm von Arbeitern bilden das feste Element. Die Mehrzahl wandert entweder aus einem chemischen Betriebe zum anderen, oder was für das Vertrauensfein mit den Arbeitsgefahren noch schlimmer ist, in andere Gewerksbereiche. Ersatz muß geschaffen werden, immer neue Arbeitskräfte nimmt die chemische Fabrik auf. Das Rekrutierungsgebiet sind aber nun nicht Gegenden, deren Bevölkerung den Durchschnittsgrad an Intelligenz aufzuweisen hat, sondern jene Gegenden, in denen die Schulbildung im argen liegt. Diese bilden das Reservoir, welches die chemische Industrie mit nie versagenden Ströme neuer Arbeitskräfte versorgt. Bis diese mit den Gefahren des Betriebes vertraut, sind sie meistens Opfer derselben geworden. Der Rest zieht weiter!

Eine Arbeitszeit von 9 Stunden ist für die Arbeiter der chemischen Giftbetriebe noch viel zu lang. Je gefährvoller der Betrieb, um so kürzer muß die Arbeitszeit sein. Je gefährvoller der Betrieb, umso mehr muß dem Arbeiter aber auch die Möglichkeit gegeben werden, sich in der Organisation Aufklärung und Belehrung zu holen. Das letztere kann nicht geschehen, wenn die Arbeiter vom frühen Morgen bis zum späten Abend in die Tretnühle der Arbeit gespannt sind, dann erschläft Körper und Geist. Professor Levin sagt: „Solche Arbeiter, die z. B. giftigen Gasen und Dämpfen in Fabriken ausgesetzt sind, werden es dann auch begreifen, daß für sie das Erringen von kurzen Arbeitszeiten, etwa nur vier Stunden täglich, in einem derartig gefährlichen Betriebe eine Verlängerung des Lebens bedeutet und danach handeln.“

Wohl! Aber dann müssen noch zweierlei Voraussetzungen gegeben sein. Erstens bei Einstellung der Arbeiter in der chemischen Industrie müssen nicht die ungeschuldesten gerade gut genug sein, zweitens darf der ausklärenden Organisationsarbeit nicht entgegengeordnet, sondern sie muß gefördert werden. So lange das nicht eintritt, wird die Mehrzahl der in den Giftbetrieben beschäftigten Kollegen die Verkürzung ihres Lebens fördern. Eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden, wie sie die Firma Friedr. Bayer eingeführt, bedeutet noch keine Verlängerung des Lebens!

In der Bekanntmachung, welche die Verkürzung der Arbeitszeit verkündet, ist auch kund und zu Wissen getan, daß letztere eine Verkürzung des Lohnes nicht nach sich ziehen soll. Das wäre aber auch noch toller gemeiner, wenn nach dem Streik, und bei den so hohen teuren Zeiteine Lohnkürzung eingetreten wäre!

Während des Streiks suchte man Arbeiter zu folgenden Löhnen: Unverheiratete Arbeiter 3 M., verheiratete Arbeiter 3,20 M. Das waren die Lohnsätze, für welche man mitten im Kampfe neue Arbeiter zu werben hoffte! Dieser Lohn drängt in Elberfeld-Barmen, in Leverkusen und Umgebung, wo Markt- und Wohnungspreise für den Arbeiter einen viel ungünstigeren Stand aufweisen, als wie jede Großstadt, einfach zum Hungern! Hungern, daß die Schwarte knack! Das hat die Direktion selbst eingesehen. Arbeiter, die in einem die Gesundheit gefährdenden Betriebe arbeiten, die müßten aber nicht hungern, sondern die denkbar gesundeste und beste Nahrung sich verschaffen können.

Den Kollegen, die in der chemischen Industrie beschäftigt sind, ihnen erwächst die Pflicht, die Organisation zu fördern, zu stärken, damit sie jene Bedeutung erhält, welche erforderlich ist, um den Kollegen dieses Industriezweiges die Arbeitsqual zu erleichtern, die Gefahren der Arbeit zu lindern, ihnen Achtung und anständige Bezahlung zu erringen.

Auf zur Organisation!

## Wirtschaftliche Rundschau.

Schiffahrtskrieg zwischen Hamburg und Bremen? — Glänzende Abschlüsse in der Elektro-Industrie. — Geplante Preissteigerungen des Kohlenhydrats. — Krisen sowohl wie Aufschwungzeiten erzeugen kapitalistische Interessengemeinschaften, aber nicht minder kapitalistische Interessenkämpfe.



Kollafonds zu schaffen. Er glaube, daß sich die Anwesenden mit ihm einverstanden erklären werden, pro Woche 5 Pf. Kollafonds zu erheben. In diesem Sinne sprachen sich auch einige Kollegen aus und es wurde einstimmig beschlossen, ab 1. Januar 1906 35 Pf. zu erheben. Im Gewerkschaftlichen wurden die Zustände einiger dieser Fabriken groß beleuchtet. Unter anderem will es Herrn Nachschuchfabrikanten Fischer nicht in den Kopf, daß seine Arbeiter von dem ihnen geleglich zustehenden Koalitionsrecht Gebrauch machen und sich organisieren. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, recht kräftig in die Agitation mit einzugreifen und neue Mitglieder für die Organisation zu werben, um diesen brutalen Behandlung durch die Unternehmer mit Erfolg entgegenzutreten zu können, wurde die Versammlung geschlossen.

**Stillingen.** In unserer letzten Monatsversammlung hielt Kollege Börner aus Göttingen einen Vortrag über das zeitgemäße Thema: „Die Arbeitslöhne und die Lebensmittelerzeugung“. Neben führte aus, daß die Löhne in keiner Weise Schritt hielten mit der Steigerung der Lebensmittelpreise. Er ging hauptsächlich mit den Zementfabriken ins Gericht. In dieser herrschen ungeheuer niedrige Löhne. Alle abgemergelte Arbeiter müssen in den mit Zementstaub angefüllten Räumen bei einer Behandlung, die jeder Beschreibung spottet, für 1,80 bis 2,40 Mk. schuften. Die teuren Lebensmittelpreise hätten die Lage der Arbeiter unvertäglich gemacht. Die Fleischpreise hätten eine Höhe erreicht, daß die ärmsten Leute sich nicht entsinnen könnten, ähnliche Preise erlebt zu haben. Das verschulde die Grenzsperrung gegen die Einfuhr von Vieh und Fleisch. Mit Inkrafttreten des Zolltarifs werde alles noch viel teurer werden. Da müsse jeder Kollege, um durch Lohnsteigerung einen Ausgleich herbeizuführen, Mitglied der Organisation werden.

**Hamburg.** In der Versammlung vom 20. November gab Kollege Lewinen bekannt, daß der besoldete Hilfskassierer Th. Friede sich Unregelmäßigkeiten hat zu schulden kommen lassen und seines Amtes enthoben ist. Das bis jetzt festgestellte Manko betrug 293,60 Mk. Hiervon sind 60 Mk. durch Friede gedeckt. Es wird beschlossen, bis zur endgültigen Feststellung keine weiteren Schritte zu unternehmen, da Friede versprochen hat, in nächster Zeit alles zu regeln. Dann stellte die Verwaltung den Antrag, den ausgeschlossenen Kollegen Kronide wieder aufzunehmen. Einige Parteigenossen in Winterhude haben sich bereit erklärt, das durch Kronide verursachte Manko sowie die fälligen Beiträge zu begleichen. Beschlossen wird, sobald die Sachen geregelt, Kronide als Mitglied aufzunehmen. Zur Anstellung eines besoldeten Hilfskassierers schlägt Denker vor, den Posten neu auszuwerben und eine neue Prüfungscommission zu wählen. Dieses wird nach längerer Debatte angenommen. In die Kommission wurden Borger, Viel, Schwarz, Brehm und G. Körner gewählt. Die Probezeit der vier besoldeten Hilfskassierer Schwarz, Ahrens, Wienens und Körner ist abgelaufen; da keine Beschwerden vorlagen, wurden sie fest angestellt. In den Beschwerde-Ausschuss wurden gewählt: Brühl, G. Körner, Niemann, Petersen und Brehm. Lewinen ersuchte die Mitglieder, etwa vakante Stellen der Verwaltung umgehend durch Postkarte mitzuteilen, da in unserem Arbeitsnachweise immer Rätze zur Verfügung ständen. Brehm fragte an, ob die Rekrutierung im voraus entschieden wird. Lewinen erklärte, daß das Gehalt vor Arbeitsentbindung aber erst nach der Beerdigung gezahlt wird. Körner bittet die Versammelten, ihre Frauen von der Zahlung der Extrasteuer in Kenntnis zu setzen, weil die meisten Frauen dem Hilfskassierer erklärten, ihre Männer hätten ihnen nichts davon gesagt, und aus dem Grunde nicht zahlten. Ein Antrag des Distrikts Rotenburgsort, wenn mögliche Punkte auf Tagesordnung ständen, die Versammlung am Sonntage stattfinden zu lassen, wird abgelehnt.

**Kamenz.** Am 25. November tagte im Gasthof zum Löwen eine öffentliche Versammlung. Als Referent war Kollege Reuring erschienen. Derselbe ging von dem Gedanken aus, daß das Proletariat durch eine gesellschaftlich notwendige, reichliche und vorzügliche Arbeit eine volkswirtschaftlich bedeutende Rolle im Staatsorganismus spiele; daß das Proletariat aber durch die heutige Ausbeutung leiden müsse, körperlich und geistig verkrüppelt. Dadurch werde aber eine Notion in ihrem inneren Nerv getroffen, und so mühten eigentlich alle „Patrioten“ alles tun, um der körperlichen und geistigen Verkümmern des Proletariats entgegen zu wirken. Der Beendigung und Anhebung des Proletariats wirkte entgegen: Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes, Verbreitung des allgemeinen Wissens und der Bildung, oder kurz gesagt, die wirtschaftliche Besserstellung aller Arbeiter und Arbeiterinnen. Darum gerade, weil die Organisation alle diese angeführten Bestrebungen leitet und fördert, ist sie zum verhältnismäßig besten geworden, die eventuell Schäden durch einen Zusammenbruch der Arbeiterkassen haben könnten. Das ist die Klasse der Besitzenden; ohne Unterschied, ob Fabrikbesitzer, Grundbesitzer oder einer aus der Gruppe der „notleidenden“ Agrarier, eins haben sie alle miteinander gemein, das ist die Knechtung und Entrechtung der Besitzlosen. Zeigt, daß ihr nicht mehr gewillt seid, euch einen Lohn nach dem andern gefallen zu lassen; denn dazu sind die Lebensmittelpreise und die Mieten zu hoch. Wodurch ihr eure unwürdige Lage hebt, dann an die Arbeit. Werdet gute Mitglieder der Organisation und sorgt dafür, daß alle uns noch fernstehenden Kollegen für die Organisation gewonnen werden, damit es auch in Kamenz einmal besser werde.

**Wilmshausen.** Am 20. November tagte im Saale zur Kellerei eine Versammlung der im heimischen Handwerk tätigen beschäftigten Kollegen. Kollege Diener sprach über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der heimischen Industrie. Der Referent legte in einem 1 1/2 stündigen Vortrage die Lohnverhältnisse der Kollegen dar. Um eine Besserung der Arbeitsverhältnisse herbeizuführen, sei es notwendig, daß alle Kollegen sich organisieren. Durch Annahme einer Resolution erklärten sich die Arbeiter mit den Ausführungen einverstanden.

**Kennsauer.** Am Sonntag, den 5. November, tagte im Lokale des Herrn Burg, Pönerstraße 7, unsere Mittelglieder-Versammlung. Eine Anzahl neuer Mitglieder hatten sich zur Aufnahme gemeldet. Die Abrechnung wurde vom Revolverwächter vorgelesen. Der Korrespondent erstattete den Sachverhalt. Die Lederarbeiter hatten in der letzten Jahresabrechnung behauptet, es seien 100 Lederarbeiter zu unserem Verbände übergetreten, und es würden wahrscheinlich weitere 100 überreten. Diese Behauptungen wurden von dem zweiten Revolverwächter widerlegt. Dieser wies nach, daß nur im ganzen zwei Mitglieder von den Lederarbeitern zu unserem Verbände übergetreten sind. Beide waren zur Zeit des Übertritts nicht mehr in den Lederfabriken beschäftigt und hatten sich ordnungsgemäß beim Vorstand des Lederarbeiter-Verbandes abgemeldet. Es wurde, daß die Behauptungen wohl darauf zurückzuführen seien, daß der Vorstand der Lederarbeiter eine entsprechende Erklärung hat, sollten sich aber Hilfskassierer und Lederarbeiter während der Zeit, daß die Extrasteuer noch nicht bezahlt ist, zum Übertritt zu unserem Verbände melden, so müssen sie zurückgewiesen werden. Aus der Versammlung wurde ein Antrag gestellt, daß der Bevollmächtigte ein Schreiben ans Kartell richte, worin die Behauptungen der Lederarbeiter als Unrichtigkeit zurückzuweisen sind. Dann hielt der Vorsitzende Borger aus Hamburg einen Vortrag über den proletarischen Klassenkampf der Gegenwart. Im Fortschritt an dem Vortrag wies der erste Bevollmächtigte auf die Anforderungen hin, die im Laufe dieses Jahres an unsere Liste gestellt worden sind, besonders auf die Summen, die zur Unterhaltung von Streiks vorausgesetzt wurden. Die Bevollmächtigten hatten dem Streikfonds 50 Mark überwiesen,

das hieß die Versammlung gut und beschloß, weitere 100 Mark für den Streikfonds zu senden. Mit Erhebung der Extrasteuer erklärte sich die Versammlung einverstanden und gab man dem Vorstand Ausdruck, daß kein Kollege der Zahlung des Extrabeitrages sich entziehen möchte.

**Sonneberg i. Th.** Sonntag, den 12. November, tagte eine öffentliche Versammlung. Kollege Reuring aus Dresden referierte über: „Das Glend der Spielwarenarbeiter und -Arbeiterinnen“. In 1 1/2 stündiger Rede führte Reuring den Anwesenden die traurige Lage der Spielwarenarbeiter und -Arbeiterinnen vor Augen und forderte alle Anwesenden, der Organisation fernstehenden Kollegen auf, Mitglied der Organisation zu werden. Im Anschluß an diese öffentliche Versammlung tagte eine Mitglieder-Versammlung. Kollege Schellhorn erstattete den Sachverhalt vom 3. Quartal und wurde dann entlastet. Kollege Sieder ergriff sodann noch einmal das Wort und schildert die lange Arbeitszeit und die schlechten Löhne der Spielwarenarbeiter und -Arbeiterinnen. — Ferner wurden Montag, den 18. November, in Schallau und Dienstag, den 14. November, in Eßfeld öffentliche Versammlungen abgehalten, worin auch hier zum ersten Male ein kleiner Erfolg gemacht wurde. Offenbar, daß sich in kurzer Zeit der größte Teil der Organisation anschließen wird.

**Spandau.** In der am 19. d. M. stattgehabten außerordentlichen Generalversammlung hielt Genosse Kiese (Berlin) einen interessanten Vortrag über „Moderne Klassenkämpfe“, welcher mit starkem Beifall aufgenommen wurde. Neben schilderte zunächst die Kämpfe der Proletarier in der Römerzeit und kam dann auf die modernen Lohnkämpfe zu sprechen. Er führte u. a. aus, daß die Lohnkämpfe in letzter Zeit an Heftigkeit nicht ab-, sondern zugenommen hätten, was uns der Kampf der Bergleute im Ruhrrevier gezeigt habe. Da die deutschen Kapitalisten an brutaler Behandlung ihrer Arbeiter den russischen nicht nachstehen, sondern ihnen noch über seien, was ihre Ausperrungstatistik aufs beste beweise, so könne man sich für die Zukunft auf schwere Kämpfe gefaßt machen. Die Ausperrungstatistik nach dem U.S.G. sei die Einleitung weiterer schwerer Kämpfe. Neben kam in seine Vortrage auch auf die Ausperrung in der Elektro-Industrie zu sprechen, welche er wegen der geringen Forderungen der Arbeiter scharf verurteilte. Die Arbeiter müßten mehr als früher für den Ausbau ihrer Organisation sorgen, alle heimlichen Kämpfe angeht, die der schweren Kämpfe, die uns noch — insbesondere nach dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs — bevorstehen, beiseite lassen und sich und ihre Mitarbeiter durch unsere Presse aufklären, um dem Unternehmertum einig und ausgeklärt gegenüber zu treten. Dieses sei notwendig, wenn wir in Zukunft unsere Positionen behaupten und neue erringen wollten. Aus der Uneinigkeit der Arbeiter habe immer der Unternehmer seinen Nutzen gezogen. Die bürgerliche Presse müßte aus jeder Arbeiterwohnung verschwinden, dafür solle die Arbeiterpresse gelesen werden, die den Kampf im Interesse der Arbeiter gegen eine Welt voll Feinde führen müsse. Ueberhaupt sei der Arbeiter noch vielfach selbst sein allergrößter Feind. Zum Schluß forderte er die Kollegen auf, alle Möglichkeiten beiseite zu lassen, die der Entwicklung der Bewegung nur schaden, und dafür Mann für Mann eine kräftige Agitation für ihre Organisation zu entfalten, um alle uns fernstehenden der Organisation zuzuführen, dann würden die Kämpfe auch Erfolg haben. In der darauf folgenden Diskussion, an der sich die Kollegen Kramer, Häfeler und Strechle beteiligten, wurde dem Referenten im allgemeinen zugestimmt. Nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten fand die Versammlung ihr Ende.

**Warel i. Old.** Am 17. November tagte unsere Mitgliedere-Versammlung. Kollege Willers legte die von den Revisoren geprüfte Abrechnung vor. Die Versammlung erteilte Entlastung. Dann hielt Kollege Borger-Hamburg einen Vortrag über: „Der proletarische Klassenkampf in der Gegenwart“. Neben führte die Kämpfe des zur Reife gehenden Jahres der Versammlung vor Augen. Es ergab sich daraus, daß die Unternehmer auch die berechtigtesten Forderungen der Arbeiter mit Ausperrungen beantworteten. Diese haben zur Folge, daß an die Klasse der Organisationen ungeheurer Ansprüche gestellt werden. So habe das vergangene Jahr auch unserer Organisation gewaltige Ausgaben gebracht. Der Vorstand habe daher, um die Organisation in ihrer Widerstandskraft nicht lähmen zu lassen, einen Extrabeitrag von 5 Wochenbeiträgen ausgeschrieben. Es sei erwünscht, daß auch jeder Kollege am Orte diesen Beitrag entrichte, denn jeder Kollege, der sich auf dem Laufenden erhält, müsse wissen, daß die Kämpfe außerordentliche Ausgaben erfordert hätten, die mit den ordentlichen Einnahmen nicht zu decken gewesen sind. Die Kollegen, welche sich dazu äußerten, bedauerten die unpassende Zeit, in welcher die Ausschreibung erfolgt sei. Es wurde erwidert, daß ja der Vorstand nicht in der Lage gewesen sei, die Zeit auszuwählen. Bei gutem Willen würden wohl alle Kollegen den Extrabeitrag leisten. Es traten drei Kollegen dem Verbände bei.

### Aufruf!

Die Bevollmächtigten, Vertrauensleute und Ganleiter, in deren Gebieten die Konserven-Industrie vertreten ist, werden dringend ersucht, die von der Zahlstelle Braunschweig versendeten Fragebogen sofort auszufüllen und zurückzusenden; auch wolle man sofort von der betr. Zahlstelle noch eine größere Anzahl von Fragebogen, soweit diesfalls benötigt werden, einfordern. — Diese wichtige und notwendige Erhebung soll nicht nur, wie anfangs beabsichtigt, auf das Herzogtum Braunschweig, sondern auch auf das ganze Deutsche Reich erstrecken.

Die in der Konserven-Industrie vorherrschenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse machen einmal eine aufklärende Statistik notwendig. Das gesammelte Material wird dann in einer Denkschrift und Agitationsbroschüre zusammengestellt und den interessierten Kollegenkreisen zugänglich gemacht werden.

Auch sind neben den statistischen Fragebogen allgemeine Angaben über die Ausdehnung und die Verhältnisse in diesen Industrien an den einzelnen Orten dringend erwünscht. Persönlich auf und Hand aus Herzl. Kollegen!

Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Braunschweig.  
J. A.: R. Bippmann,  
Braunschweig, Am Berder 32, 1. St., Gewerkschaftshaus.

### Quittung.

Bei der Hauptkassa gingen seit dem 21. November folgende Beträge ein:  
Gelmstedt 1,20. Goswig (Anhalt) 380.— Augsburg 300.— Finthen 111,10. Gr.-Rühnan 69,06. Gettenleidelheim 34,44. Kamen 10.— Caputh 235,80. Um 2,15. Um 13,36. Garberg 800.— Kolbermoor 442,50. Johannisthal 250.— Lehmannen 192,04. Stuttgart 100.— Tale a. Harz 73,58. Jönitz 49,80. Mutterstadt 167,48. Rendsburg 100.— Frankenthal 100.— Stadtilm 29,26. Reichen 300.— Neilsenbaten 50,08. Nürnberg 400.— Freising 6,18. Berlin 12 433,70. Leipzig 600.— Wilmshausen a. Rh. 150.— Schiltup 111,60. Hersfeld 11.— Oderan 150. Riedel 1600.— Kiel 400.— Althaldensleben 228,72. Wundzenhain 100.— Weimar 4,50. Saagenfelde 200.— Schandau 3,10. Bromberg 0,90. Braunschweig 1200.— Kaiserlautern 200.— Ranfen 200.— Obernkirchen 61,83. Dresden 800.— Freiwalden a. D. 100.— Brandenburg (Havel) 90.— Rattowitz 20.— Strehlitz 18,48. Bafang 20.— Osterode 22,36. Schlutup 266,79. Barby

179,94. München 75.— Magdeburg 1204.— Garburg 800.— Altona-Ottensen 600.— Beisnig 100.— Osterwed 70.— Hannover 1030.— Gildesheim 151,20. Kallberge 0,26. Offenbach 425.— Färth 300.— Köpenick 200.— Stadelsdorf 200.— Sandberg (Wartje) 100.— Balthershausen 85,26. Göttingen 4,50.

Schlupf Dienstag, den 5. Dezember, mittags 12 Uhr.

Folgende Orte sind unserer Aufforderung, die Protokolle zu begleichen, nicht nachgekommen, und bitten wir dringend, die Protokolle endlich zu begleichen: Girschberg 10, Glauchau 10, Miltendorf 25 (es sind 95 Pf. bezahlt), Rölln 120, Bromberg 5, Langendils 2, Garburg 25, Stuttgart 165, Dessau 50, Oberberg 30, Caputh 20, Dufum 10, Götze 60, Hameln 10, Wandsbel 8, Mutterstadt 15, Rheinseiden 30, Kauen 20, Lauterbach 10, Oggersheim 20, Schkeubitz 1, Schwiebus 30, Bieber 20, Färthberg 10, Biffa 10, Breslau 10, Moltendorf 30, Wittenberg 30, Schornbock 15, Gelmstedt 10, Leipzig 50, Bannstedel 100, Fehnenheim 20, Bären 30, Rühnburg 30, Kall 40, Uckerwinde 100, Neustadt in Holstein 2, Galbe 2, Oranienburg 30, Ehrdruf 25, Gahnhausen 15, Singen 15, Sandshut 5, Kiel 190, Böbeln 10, Strahburg 30, Zuzing 15.

Diese Mahnung wird solange mit den Restanten veröffentlicht werden, bis alle Protokolle bezahlt sind.  
J. A.: August Drey.

Langermünde. Wegen unsolidarischen Verhaltens ausgeschlossen wurde J. Gebolsky, Nr. 46 793.

### Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

Nr. 68 997, ausgestellt auf den Namen Otto Jergang in Magdeburg.  
Nr. 83 604, ausgestellt auf den Namen Wilhelm Schulz in Herbst.  
Nr. 26 454, ausgestellt auf den Namen Friedrich Kräger am 18. August 1903 in Wittenberga.  
Nr. 17 976, ausgestellt auf den Namen Heinrich Meyer am 25. April 1903 zu Garburg.  
Nr. 82 617, Laver Bonenberger,  
Nr. 82 618, Martin Bonenberger,  
Nr. 82 619, Josef Bonenberger, sämtlich eingetretten am 8. Juni 1905 in Kempten.  
Nr. 56 583, August Simbürger, eingetretten am 18. Juni 1905 zu Oberdorf.

### Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Apenrade. Alf. Loff, Södermarkt Nr. 13.  
Brunsbüttelkoog. Gottfr. Webing, Markt. 29.  
Eisingen a. Danau. Theodor Neuhmann, Zuchergasse.  
Erfurt. (Gau 2.) Vertrauensmann ist August Plote, Papiermühlweg 6.  
Gifhorn. (Gau 4.) Wilh. Rudolph, Schwaanerstr. 10.  
Kolberg. Ernst Roth, Domstraße 31.  
Lehre. Heinrich Buller, Markt. 3.  
Westerland auf Sylt. (Gau 10.) Friedrich Merkus, Westerland.  
Worms. Paul Koste, Speyererstraße 68.  
Wunsiedel. Wolfgang Grotschwig, Ebersbacherstraße Nr. 132 1/2.

Der Kollege Johannes Sauerhöfer, eingetretten am 1. Juni 1905 in Waldhof b. Mannheim, hat sein Mitgliedsbuch Nr. 82 122 auf dem Bureau in Frankfurt a. Main liegen lassen. Bei Angabe seiner Adresse, sowie seines Geburtsorts und Datums erhält er dasselbe zugestellt.

G. Köhler,  
Frankfurt a. M., Stolzestraße 13, 2. Et.

### Inserate.

### An die Mitglieder der Zahlstelle Hamburg.

Beginn Januar 1906 soll für die Zahlstelle Hamburg ein **Hilfskassierer** mit einem Jahresgehalt in Höhe von 1600 Mk. angestellt werden.

Bewerber müssen der Zahlstelle Hamburg und mindestens zwei Jahre dem Verbände angehören.

Bewerbungen sind bis zum 28. Dezember 1905, versehen mit der Aufschrift „Bewerbung“, beim Kollegen Fritz Borger, Postfach 70, 3. St., einzulegen. Anstellungsbedingungen können vom Bureau abgefordert werden. [2,40 Mk.]

### Zahlstelle Regensburg.

Sonntag, den 24. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Gasthaus zum blauen Och: Mitgliederversammlung. Um zahlreichen Besuch ersuchen  
1,05 Mk.] Die Bevollmächtigten.

### Zahlstelle Ziegel.

Sonntag, den 17. Dezember, nachmittags 3 Uhr, bei Schlichter in Ziegel, Ecke der Berliner und Brunowstraße: Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:  
1. Was lernen wir von der Ausperrung der Berliner Elektro-Industrie?  
Referent: Kollege Hermann Schulz-Berlin.  
2. Diskussion.  
3. Verhandlungsangelegenheiten.  
4. Verschiedenes.  
Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.  
2,25 Mk.] Die Bevollmächtigten.

### Zahlstelle Weimar.

Unser Verbandslokal ist die „Apollon Bierhalle“, Inhaber: Kollege Landgraf. Versammlungen tagen dort jeden zweiten Sonntag im Monat nachmittags 3 Uhr. Um zahlreichen Besuch bitten  
1,05 Mk.] Die Bevollmächtigten.

### Slomkes Städtebuch.

Reiseführer durch Deutschland u. angr. Länder mit Eisenbahnen und Begehrte, 356 Seiten, geb. 1,20. In allen Buchhandl. zu haben oder gegen Einsendung von 1,40 Mk. bei G. Slomke's Verlag, Bielefeld.